

VA'e Dinstühler berichtete, dass derzeit noch auf die Richtlinie des Landes für die Umsetzung der einzelnen Bausteine gewartet werden müsse. Daher könne man leider noch nicht mit der Umsetzung starten. Alle 15 Kommunen und die anderen Kooperationspartner stünden in den Startlöchern, da es gerade jetzt zu Beginn des Sommers wichtig wäre, die Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Ausbildung und Arbeit zu bringen.

SKE Ehmann erkundigte sich vor dem Hintergrund, dass die nächste Ausschusssitzung erst im September stattfinden wird, ob, sofern sich etwas Neues ergebe, der Ausschuss auch schon vorab informiert werde. VA'e Dinstühler sagte zu, auch schon vor der nächsten Sitzung zu informieren. Insbesondere diejenigen, die an der Umsetzung beteiligt seien, würden schnellstmöglich informiert, wenn die Richtlinie vorliege.

SkB Droste wies darauf hin, dass es hier ja um bessere Integrationschancen und bessere Perspektiven gehe. An die Verwaltung richtete er die Frage, inwieweit man jetzt schon voraussehen könne, ob das geplante geordnete Rückkehrgesetz, durch das die Perspektiven für die unterschiedlichen Aufenthaltsstadien schwieriger würden, in irgendeiner Weise hineinspielen könne.

Dezernent Schmitz erläuterte, dass das Ministerium den Personenkreis bestimme, an den sich die Landesinitiative richte. Das bedeute die gesetzlichen Änderungen würden auf der ministeriellen Ebene entsprechend umgesetzt. Die für den Kreis wichtigen Informationen stünden dann in den Richtlinien.